

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 11

Gründet Sonntag
Zwangspreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postwegen.
Zustellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 6. März 1932

Geschäftsstelle Berlin G2, Neuer Markt 6-12 IV
Fernruf: Berlin E 2, Ringelgraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

18. Jahrgang

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um Eure und Eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschland, um die Deutsche Republik und ihre Verfassung.

Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haßbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich untereinander befehden, sie haben ein gemeinsames Ziel, ihre uneingeschränkte Vorherrschaft auf Eure Anwesenheit zu gründen.

Laßt Euch durch ihr Kampfgeschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen. Ihr Ansturm gegen das „heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzzug wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren durch Eure Zwietracht. Sie müssen zuschanden werden an Eurem einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten. Die geschichtliche Stunde ruft Euch zu einheitlicher Abwehr.

Wollt Ihr, daß die Not, die diese beispiellose Krise auf Euch häuft, auch noch zu Eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird? Wollt Ihr wieder wie einst der Willkür Eurer Unternehmer ausgeliefert sein? Wollt Ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften, die heute Träger Eures Willens sind, willenlose Befehlspolizei eines faschistischen Staates treten? Wollt Ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die Euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung Eurer Rechte gewährleisten?

Ihr wollt das nicht, Ihr könnt das nicht wollen!

Der Verschwörung der Kriegsbeher von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde Eurer Freiheit müßt Ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten. Ihr müßt dem Massenwahn des Faschismus die Kraft Eures unbewehrten politischen Willens entgegensetzen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer aussichtslosen Sonderkandidatur Hitler oder Hugenberg in den Sattel helfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir rufen Euch auf, dem seitherigen Reichspräsidenten Hindenburg Eure Stimme zu geben.
Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der außerordentliche Gewerkschaftskongress

wird nunmehr vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für

**Mittwoch, den 23. März,
nach Berlin**

einberufen. Als Tagesordnung ist vorgesehen:

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung.

Der Kongress wird im Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats tagen und um 10 Uhr beginnen. Die Regelung der Delegationen ist den Verbandsvorständen im Rahmen der Bundesfassung überlassen.

Das Ergebnis des amtlichen Lohnabbaues.

Nach einer Uebersicht des Statistischen Reichsamtes über die Auswirkung der auf Grund der Vierten Notverordnung erfolgten Lohnherabsetzungen sind die Tariflohnsätze aller Arbeitergruppen gegenüber dem Stand vom 1. Dezember 1931 um 9,6 Proz. gesunken. Von der „Gewerkschafts-Zeitung“ wird jedoch darauf hingewiesen, daß diese amtlichen Zahlen irreführend sind, weil das Statistische Reichsamt infolge des tariflosen Zustandes in der Holzindustrie u. a. zu ganz falschen Ergebnissen gekommen ist. Nach den dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zugegangenen Meldungen für 4,2 Millionen Beschäftigten ergab der Durchschnitt eine Lohnsenkung von 12 Proz. Im einzelnen hatten einen Lohnabzug

bis 5 Proz.	=	146 700	oder	3,5	Proz.
über 5 bis 9	"	=	624 000	"	14,8
10	"	=	1 069 000	"	25,4
über 10 bis 14	"	=	731 000	"	17,0
15	"	=	1 630 000	"	38,8
über 15	"	=	19 300	"	0,5

der Beschäftigten.

Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes ist der Papier verarbeitenden Industrie nächst der Schuh- und chemischen Industrie die stärkste prozentuale Lohnherabsetzung diktiert worden, nämlich 14,1 Proz. für Facharbeiter und 14,6 Proz. für Hilfsarbeiter. Diese Feststellungen decken sich auch ungefähr mit unseren Ermittlungen. Nach den bis zum 22. Februar dem Verbandsvorstand übergebenen 48 Schlußberichten, die nach Ausschaltung einer Doppelzählung 5273 Betriebe mit 66 356 Berufungsangehörigen umfaßten, betrug die Lohnkürzung

unter 10 Proz.	für	1 055	oder	1,6	Proz.
10	"	=	6 414	"	9,7
über 10 bis 13	"	=	2 495	"	3,7
13	"	=	34 165	"	51,7
14	"	=	22 014	"	33,3

Die weit überwiegende Mehrzahl der Berufsangehörigen, nämlich 56 179 oder 85 Proz., erfuhr mit dem 1. Januar 1932 eine Lohnsenkung von 13 bis 15 Proz. Diese große Anzahl von Berufsangehörigen, die durch die Notverordnung eine um 15 Proz. liegende Lohnsenkung erfuhr, hat ihre Ursache vornehmlich in der Reichstarifpolitik unseres Verbandes, durch die es gelungen war, die schon lange von den Unternehmern geforderte starke Lohnsenkung abzuwehren.

Anderer Industriegruppen, für die ebenfalls Reichstarife gelten, zeigen das gleiche Bild. So hat die Schuhindustrie im Reichsdurchschnitt einen Lohnabbau von 15 Proz., die chemische einen solchen von 14,4 Proz. und das Buchdruckgewerbe von 13 Proz. zu verzeichnen. Dagegen ist der Prozentsatz der Lohnkürzungen in den Berufsgruppen erheblich geringer, die bereits im Laufe des Jahres 1931 mehrmals Lohnsenkungen hinnehmen mußten.

Im Gesamtdurchschnitt erfuhr nach unseren Feststellungen 19 456 männliche Berufsangehörige eine wöchentliche Lohnsenkung von je 5,66 Mark und 46 900 weibliche Berufsangehörige eine solche von je 3,02 M. Das ergibt für eine Lohnwoche eine Lohnherabsetzung von 252 073 Mark oder für die Zeit der zwangsweisen Tarifdauer bis zum 30. April 1932 eine Lohnerparnis für die Unternehmer von 4,5 Millionen Mark. Diese Summe erhöht sich fast auf das Doppelte durch die nicht erfaßten Berufsangehörigen. Das bedeutet eine sehr starke gewaltsame Herabsetzung der Kaufkraft, da die versprochene Senkung der Lebenshaltungskosten in den meisten Fällen in Vergessenheit geraten

ist und sie nur einen Teil der Lohnsenkungen ausgleicht.

Erwähnt sei noch, daß für den größten Teil unserer Berufsangehörigen, nämlich für 58 052, die zwangswise Lohnkürzung durch den bindenden Spruch des Schlichters erfolgt ist. Nur für 7 807 wurde sie auf Grund von freien Vereinbarungen abgeschlossen.

Der Ausschuß des ADGB.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung.

Die Arbeitsbeschaffung ist die zentrale Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik in der nächsten Zukunft. Die Gewerkschaften müssen darauf bestehen, daß auf diese Aufgabe alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft konzentriert werden. Diese Ueberzeugung beherrschte die weiteren Verhandlungen des Bundesauschusses, die der stellvertretende Vorsitzende des ADGB, Eggert, mit einer kurzen Schilderung der Lage der deutschen Wirtschaft einleitete.

Trotzdem Deutschland sich während des Jahres 1931 mit einem Ausfuhrüberschuß von 2,7 Milliarden Mark im Außenhandel überaus günstig behauptet hat, ist sein Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen gewachsen, ist sein Anteil an der industriellen Weltproduktion von 12 Proz. im Jahre 1928 auf 9 Proz. im Durchschnitt des Jahres 1931 gesunken. Seine Produktion für den Binnenmarkt, der Umsatz im eigenen Land, die Kaufkraft der breiten Massen sind verhältnismäßig stärker zusammengeschrumpft als im Durchschnitt der übrigen Länder. Von diesem Verfall sind fast alle Zweige der Gütererzeugung betroffen.

Dieser unheimliche und scheinbar unwiderstehliche Verfall der wirtschaftlichen Kräfte, dessen Tempo in letzter Zeit durch den Rückgang der Ausfuhr noch beschleunigt wird, hat eine Fülle von Plänen, Vorschlägen und Forderungen gesetzt, in deren zeitlicher Folge sich die einzelnen Phasen des Krisenablaufs widerspiegeln. Am Anfang der Krise stand die Idee im Vordergrund, die geschrumpfte Arbeit auf möglichst große Arbeitermassen zu verteilen. Der Vantentrach im Sommer 1931 führte zu Vorschlägen für die Reform des Kredit- und Währungssystems. In der letzten Zeit beherrschten angefehlt der immer noch wachsenden Arbeitslosenzahlen die Pläne für die zusätzliche Arbeitsbeschaffung das Feld der öffentlichen Diskussion.

An der Spitze der ersten Gruppe von Plänen, die eine Verteilung der Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte erreichen wollte, stand und steht die erstmals vom Bundesauschuß im Oktober 1930, später vom Frankfurter Gewerkschaftskongreß erhobene Forderung nach einer allgemeinen gesetzlichen vierzigstündigen Arbeitswoche. Die Reichsregierung, vor allem das Arbeitsministerium, haben aber in dieser Frage völlig versagt. Auch heute halten die Gewerkschaften ihre Forderung nach der Arbeitszeitverkürzung aufrecht, die eine zwingende Folge der technischen Entwicklung des Produktionsapparates ist. Auch die vom Bundesauschuß im Dezember 1930 erhobene Forderung nach Einführung des 9. Schuljahres gehört in diesen Zusammenhang.

In die zweite Gruppe gehören alle jene Pläne, die die Wirtschaftskrise durch Einführung einer Doppelwährung überwinden wollen. Am bekanntesten unter diesen samt und sonders abzulehnenden Plänen sind die Vorschläge von Feder, für die sich die Nationalsozialisten eingesetzt haben. Alle diese Pläne tragen die Gefahr in sich, daß ein „Armeuteufel“ eingeführt wird, daß das schlechte Geld das bessere verdrängt.

In der dritten Gruppe, in den Plänen für zusätzliche Arbeitsbeschaffung, standen verschiedene Siedlungsprojekte mit in erster Reihe. Der Plan von Professor Wilbrandt, Erwerbslose an den Stadtrand anzufiedeln, ging davon aus, den Erwerbslosen durch Ueberweilung eines kleinen Stück Landes, etwa 1000 Quadratmeter je Siedler, eine Zusagnahrung zu schaffen. Der ADGB. konnte sich aber nicht für diesen Plan einsehen, denn einen, wie es hieß, „krisenfesten Arbeiter“ durch Stadtrand-siedlungen zu schaffen, erschien durch Verwirklichung dieses Projektes nicht möglich.

Die Vorkände des ADGB. und des Afl-Bundes haben jedoch zum Siedlungsweisen, besonders zu dem Plan der Ansiedlung von Erwerbs-

losen, Stellung genommen. Nach ihrer Auffassung muß die landwirtschaftliche Siedlung nach Kräften weiter gefördert werden. Sie bedingt aber erhebliche Geldmittel und fachliche Eignung der Siedler, den Arbeitsmarkt kann sie nicht fühlbar entlasten. Die Stadtrand-siedlung bietet dem Siedler keine selbständige Existenz. Sie setzt Weiterbeschäftigung des Siedlers im Berufe oder den Bezug von Arbeitslosenunterstützung voraus. In der augenblicklichen Notlage ist das praktischste, den Arbeitslosen Kleingartenland (Säurebergarten) zur Verfügung zu stellen, weil hier mit den vorhandenen geringen Mitteln inmerhin die größte Wirkung zu erzielen ist.

Auch der Reichswirtschaftsrat beschäftigt sich in der letzten Zeit mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung. Die Beratung steht in den Anfängen. Sie muß mit größtem Nachdruck beschleunigt werden. Die Aufgabe duldet keinen Aufschub. Sie wird dadurch kompliziert, daß die schwere Wirtschaftskrise, in die Deutschland mit nunmehr fast 7 Millionen Erwerbslosen verstrickt ist, durch eine drückende politische Atmosphäre immer bedrohlicher wird. Der jahrelange Kampf um die Ueberwindung, das ungelöste Reparationsproblem und die Vorgänge im Fernen Osten kennzeichnen die weltpolitische Situation. Wie groß die allgemeine Unsicherheit in der Weltwirtschaft ist, zeigt die Tatsache, daß seit der englischen Pfundkrise 22 Länder sich der Verpflichtung entledigt haben, ihre Noten im Lande in Gold einzulösen, daß ferner in einer Anzahl weltwirtschaftlich bedeutender Länder die Bewirtschaftung der Deussen eingeführt worden ist, daß weiter in einer Reihe von anderen Ländern erhebliche Zollerhöhungen vorgenommen, Einfuhrkontingente und Einfuhrverbote durchgeführt wurden.

Der Völkerverbund kann die Flamme im Fernen Osten nicht löschen. Die Reparationskonferenz in Lausanne ist vertagt worden, politische Ereignisse in Frankreich und Deutschland stehen zur Entscheidung. Die Wahl des Reichspräsidenten, die Wahlen zum Preussischen Landtag, die Wahlen der französischen Kammer sollen vorerst die politische Entscheidung bringen, ehe an die wirtschaftliche Verständigung und an die endgültige Lösung des Reparationsproblems herangegangen wird.

Wir können in Deutschland nicht so lange warten, ohne den Versuch zu wagen, durch Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand die Not und das Elend, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung herausbeschworen hat, fühlbar zu mildern. Die Gewerkschaften erheben deshalb die Forderung, daß alle zuständigen und verantwortlichen Stellen, insbesondere die Reichsregierung, Reichsbahn, Reichspost und Reichsbank in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern der Wirtschaft zusammenwirken und eine Arbeitsbeschaffung großen Stils beschleunigt in Angriff nehmen.

*

Leipart faßte die Ausführungen Eggerts in einem Appell an den Bundesauschuß zusammen, indem die unabwiesbare Notwendigkeit, endlich entscheidende Schritte zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun, eindeutigen Ausdruck fand.

Der Bundesauschuß beschloß, den Frankfurter Kongreß in nächster Zeit als außerordentlichen Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands nach Berlin einzuberufen. Der Kongreß wird zu geeigneter Stunde die Forderungen der Gewerkschaften an Staat und Wirtschaft, voran den Ruf nach durchgreifenden Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung unter Einbeziehung des Ansehens und des Gewichtes der gesamten Bewegung vor der Öffentlichkeit vertreten. Mit der Einberufung des Kongresses ist der Bundesvorstand beauftragt.

(Schluß folgt.)

Kurze Notizen.

△ Erst seit etwa 1810 existiert der berufsmäßige Betrieb der Fabrikation von Buntpapier, das sich der Buchbinder bis dahin selbst anfertigte. Wschaffenburg war der Ort, wo diese Fabrikation entstand, die bald, besonders nach dem Uebergang zur maschinellen Herstellung des Buntpapiers, zu hoher Blüte kam.

Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder im Jahre 1931.

Abteilung Krankenkasse:

Beitrags-einnahme in Abt. A	220 168,05 Mf.
Beitrags-einnahme in Abt. B	382 969,20 "
Beiträge nach § 8 Abf. 18	4 169,10 "
Beiträge nach § 14 Abf. 3	57 537,90 "
Beiträge nach § 24 Abf. 18	4 677,70 "
Kapitalerträge	29 508,15 "
Eintrittsgelder	223,— "
Sonstige Einnahmen	1 988,65 "
Summe	701 241,75 "
Zufuwertungen	5 000,— "

Summe	706 241,75 "
Bestand von 1930	428 721,03 "
Gesamtsumme	1 134 962,78 Mf.

Leistungen in Abt. A	211 948,63 Mf.
Leistungen in Abt. B	363 621,14 "
An den Invalidenfonds	57 537,90 "
An den G.-B.-Fonds	4 677,70 "
Persönliche Verwaltung	57 530,18 "
Sächliche Verwaltung	15 345,07 "
Sonstige Ausgaben	1 101,52 "

Summe	711 582,14 "
Vortrag auf 1932	423 380,64 "
Gesamtsumme	1 134 962,78 Mf.

Abteilung Sterbekasse:

Beitrags-einnahme usw.	47 882,82 Mf.
Kapitalerträge	27 452,63 "
Summe	75 335,45 "
Bestand von 1930	300 999,59 "
Gesamtsumme	376 335,04 Mf.

Leistungen	22 793,50 Mf.
Verwaltungskosten usw.	4 454,22 "
Summe	27 247,72 "
Vortrag auf 1932	349 087,32 "
Gesamtsumme	376 335,04 Mf.

Abteilung Invalidenkasse:

Beiträge nach § 14 Abf. 3	57 537,90 Mf.
Kapitalerträge	2 846,15 "
Summe	60 384,05 "
Bestand von 1930	38 308,55 "
Gesamtsumme	98 692,60 Mf.

Leistungen	55 093,50 Mf.
Druckfachen	127,60 "
Summe	55 221,10 "
Vortrag auf 1932	43 471,50 "
Gesamtsumme	98 692,60 Mf.

Generalversammlungsfonds:

Beiträge nach § 24 Abf. 18	4 677,70 Mf.
Kapitalerträge	434,73 "
Summe	5 112,43 "
Bestand von 1930	9 691,51 "
Gesamtsumme	14 803,94 Mf.

Revisoren	320,— Mf.
Summe	320,— "
Vortrag auf 1932	14 483,04 "
Gesamtsumme	14 803,94 Mf.

Von der Gesamteinnahme der Krankenkasse wurden verwendet: für Leistungen 81,50 Proz. (unter Berücksichtigung der den Invaliden zugeführten Unterstützungen 89,30 Proz.), für persönliche Verwaltung 8,12 Proz., für Ueberweisung an den Invalidenfonds 8,15 Proz., für Ueberweisung an den Generalversammlungsfonds 0,66 Proz. und für sonstige Ausgaben 0,15 Proz. Die Kasse hatte danach rein buchmäßig eine Unterbilanz von 0,75 Proz. ihrer Gesamteinnahme = 5 339,85 Mf., so daß die Gesamtunterbilanz mit 35 406,71 Mf. einzustellen ist. Der Abschluß ist trotz-

dem noch als ein leidlich zufriedenstellender zu bezeichnen, da es unter den obwaltenden schwierigen Wirtschaftsverhältnissen einfach nicht möglich sein konnte, den Rücklagefonds die ihm gebührenden Beiträge zuzuführen. Es ist anzunehmen, daß das Reichsaufsichtsamt darüber hinweggesehen wird, daß dem Rücklagefonds eine verhältnismäßig unbedeutende Summe entnommen werden mußte, weil die in zwischen getroffenen Gegenmaßnahmen dazu beitragen werden, den Ausgleich im laufenden Jahre herbeizuführen.

Von der reinen Beitragseinnahme mußten für Leistungen in der Abteilung A 96,26 Proz. und in der Abteilung B 94,94 Proz. ausgegeben werden. Die Beitragseinnahmen fielen in der ersten Abteilung infolge der Herabsetzung der Beiträge während der ersten drei Quartale auf 6 Proz. des Grundlohns und der Auswirkungen der wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber dem Vorjahr um 48 506,65 Mk., die Leistungen dagegen nur um 22 826,56 Mk. In der Abteilung B wirkten sich die Verhältnisse noch toller aus. Einer Mindereinnahme an Beiträgen in Höhe von 33 314,20 Mark stand eine Mehrausgabe für Leistungen in Höhe von 34 242,10 Mk. gegenüber. Damit ist der zahlenmäßige Nachweis dafür erbracht worden, daß die ab 1. Januar 1932 in Kraft gesetzten Einschränkungen für solche Mitglieder, die die Kasse schon sehr stark in Anspruch nehmen konnten, notwendig waren.

Im verfloßenen Jahre sind den Mitgliedern nahezu die gesamten Beiträge für Leistungen wieder zurückgezahlt worden. Wenn der Rechnungsabschluss im Hinblick auf die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse dennoch als leidlich zufriedenstellend bezeichnet werden konnte, dann nur infolge des Umstandes, daß die Kasse über erhebliche Einnahmen aus den Kapitalerträgen verfügen vermochte.

In der Sterbekasse wurden von der Gesamteinnahme verwendet: für Leistungen 30,25 Proz., für Verwaltungskosten usw. 5,92 Proz., so daß dem Rücklagefonds 63,83 Proz. zugeführt werden konnten. Die Gesamteinnahme verteilte sich auf die Beiträge mit 63,55 Proz. und auf die Kapitalerträge mit 36,45 Proz. Die Kasse war also in der Lage, die gesamten Leistungen einschließlich der geringen Verwaltungskosten aus den Einnahmen für Kapitalerträge bestreiten zu können. Dieser Umstand dürfte das in diesem Jahre fällige und bereits in Angriff genommene versicherungstechnische Gutachten günstig beeinflussen. Die Sterbeauszahlung betrug im Durchschnitt pro Fall rund 375,— Mk.

Die Unterstützung an die invaliden Kollegen erfordert eine Ausgabe von 91,23 Proz. der Gesamteinnahme. Dem Rücklagefonds konnten noch 8,55 Prozent der Gesamteinnahme zugeführt werden. Die Zahl der Invaliden betrug am Schlusse des Jahres 792. Diese sicherten sich durch die Beitragsleistung nach § 8 Abs. 18 eine Gesamtkassenbeitragssumme in Höhe von 112 897,70 Mk. und konnten wie folgt an der Invalidenunterstützung teilnehmen: 13 mit je 10,— Mk. pro Monat, 302 mit je 8,— Mk., 210 mit je 7,— Mk., 146 mit je 6,— Mk. und 48 mit je 5,— Mk. 10 Mitglieder waren vorläufig ohne Bezug, während 63 Mitgliedern diese Unterstützung verweigert werden mußte, da sie die vorgeschriebene Karenzzeit nicht erfüllt hatten.

Die Barvermögensbestände unserer Kassen betrugen am Schlusse des Berichtsjahres:

Krankenkasse	423 380,64 Mk.
Sterbekasse	349 087,32 "
Invalidenfonds	43 471,50 "
G.-W.-Fonds	14 483,94 "
Gesamtvermögen	830 423,40 Mk.

Die Mitgliederbewegung hat, wie nicht anders zu erwarten war, unter den Zeitverhältnissen genau so seinen Verlauf genommen, wie das in den wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter der Fall gewesen ist. Der Abgang hat sich jedoch in erträglichen Grenzen gehalten und gibt uns die Gewähr dafür, daß es nach der Überwindung der jetzigen Widerwärtigkeiten auch wieder einen Aufschwung geben wird.

Die Krankenkasse zählte am Schlusse des Jahres 11 746 Mitglieder (1976 in Abteilung A und 9779 in Abteilung B). In der Sterbekasse waren 4408 Mitglieder vorhanden.

Seit dem Jahre 1924 standen sich die reinen Beitragseinnahmen zu den reinen Leistungsausgaben wie folgt gegenüber:

Abteilung A:		
Jahr	Beitragseinnahme	Leistungsausgabe
1924	139 404,85 Mk.	88 996,75 Mk.
1925	157 713,80 "	127 490,31 "
1926	206 357,80 "	160 658,15 "
1927	224 125,20 "	173 608,62 "
1928	242 873,50 "	192 904,70 "
1929	267 313,35 "	212 488,54 "
1930	268 674,70 "	234 775,19 "
1931	220 168,05 "	211 948,68 "

Abteilung B:		
Jahr	Beitragseinnahme	Leistungsausgabe
1924	229 485,35 Mk.	181 665,78 Mk.
1925	269 491,— "	195 034,10 "
1926	323 694,70 "	286 817,35 "
1927	364 825,50 "	333 418,25 "
1928	388 143,45 "	358 742,50 "
1929	410 108,— "	349 827,65 "
1930	416 283,40 "	329 379,04 "
1931	382 969,20 "	363 621,14 "

Berichte.

Darmstadt. Die am 17. Februar stattgefundene Generalversammlung unserer Zahlstelle nahm zunächst den Geschäftsbericht entgegen. Wie überall, so stand auch bei uns das vergangene Jahr ganz außerordentlich unter dem Druck der Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosenziffer unserer Zahlstelle bewegte sich ständig über dem Reichsdurchschnitt. Dies bestimmte die Zahlstelle immer wieder, den erwerbslosen Kollegen durch Unterhaltungen aus der größten Not zu helfen. Hinzu kam noch die Kurzarbeit in fast allen Betrieben. Der Versammlungsbesuch war durchschnittlich mittelmäßig, er dürfte aus Solidarität gegenüber den erwerbslosen Kollegen ein besserer sein. Auch sonst erhielt der Geschäftsbericht ganz interessante Tatsachen, die vom lebendigen Geist des Zahlstellenlebens Zeugnis ablegten. Aus dem Kassenbericht ist zu erwähnen, daß der Mitgliederstand um 14 Kolleginnen zurückgegangen ist. Dies hat seine natürliche Ursache in der Einschränkung der Kartonnagenindustrie. Trotz der kritischen Zeit konnte das Vermögen der Lokalkasse um 29 Mk. gesteigert werden, es beträgt jetzt 2103 Mk. Bei der anschließenden Neuwahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Die Behandlung der Beitrags- und Unterstützungsfrage, die den nächsten Punkt der Tagesordnung bilden sollte, wurde abgelehnt und auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gebracht. Mit Worten des Dankes an alle, die im verfloßenen Geschäftsjahr ihre Kraft in den Dienst der Organisation gestellt haben, namentlich an den Kassierer und die Unterkassierer, wurde die gutverlaufene Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. M.-Offenbach. Am 16. Februar fand unsere Generalversammlung statt, in der Kollege Meß den Geschäftsbericht erstattete. Meß schilderte, wie sich das vergangene Jahr mit seinen Wirtschaftskatastrophen politisch und wirtschaftlich für die Arbeiterschaft im allgemeinen und für unseren Verband in besonderen ausgemirkt hat. Auch in unserer Zahlstelle war die Krise stark fühlbar. Eine Reihe von Betrieben, darunter alte bedeutende Firmen, wurden geschlossen, die meisten der übrigen mußten Einschränkungen vornehmen. Am Ende des Jahres zählten wir 449 arbeitslose Berufungsgehörige gegen 391 am Jahresbeginn. Die Zahl unserer Mitglieder hat sich um 183 auf 950 verringert. Kollege Meß wies zum Schluß auf die großen Gefahren hin, die der Arbeiterschaft drohen, wenn jetzt nicht jeder einzelne seine Pflicht tut. Der reaktionären Harzburger Front stellen wir die Eisenerne Front der Arbeiterschaft entgegen. Kein Republikaner darf beiseite stehen.

Der Kassenbericht lag wieder gedruckt vor. Kollege Würzberger zeigt durch Vergleich der Einnahme- und Ausgabeziffern, daß zurzeit eine Beitragsentung nicht in Frage kommen kann. Allein für Arbeitslosenunterstützung wurden 22 356 Mk. ausgegeben, wozu noch 4 235 Mk. für Notstandsunterstützungen kamen. Die Lokalkasse verfügte am 31. Dezember über einen Bestand von 8623 Mk. gegen 11 732 Mk. im Vorjahre.

Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Rausch, Vorsitzender; Donner, Schriftführer; Helmig, Kasse und Frank, Beisitzer. Unser bisheriger Vorsitzender, Kollege Kaulich, hat sein Amt niedergelegt, da er durch seine Tätigkeit in einem anderen Zweig der Arbeiterbewegung mit Arbeit überlastet ist. Für die vorbildliche Art, mit der er die letzten Jahre sein Amt als Vorsitzender geführt hat, wurde ihm einstimmig der wärmste Dank ausgesprochen.

Kollege Meß machte dann auf den am 9. und 10. April in Frankfurt stattfindenden Gautag, sowie auf den kommenden Verbandstag aufmerksam. Anschließend berichtigte er über zwei Fälle, in denen städtische Buchbinderarbeiten nach auswärts vergeben worden sind. Im ersten Fall handelt es sich darum, daß die Jägerische Papierhandlung die Schulhefte der Stadt jetzt durch die berichtigte Firma Jäger in Rüntheroth herstellen läßt, trotzdem diese als tariffeindlich bekannt ist und organisierte Arbeiter nicht einstellt. Der zweite Fall betraf das „Goethebuch der Stadt Frankfurt“, das von der „Hauspresse“ nach Darmstadt zum Einbinden gegeben worden ist, und zwar ebenfalls an eine Firma, die grundsätzlich nur mit den billigsten Arbeitskräften arbeitet. Da wir in Frankfurt etwa 50 Proz. arbeitslose Buchbinder und weitere 40 Proz. Kurzarbeiter haben, wurden die gefährdeten Zustände von der Versammlung mit großer Empörung zur Kenntnis genommen und einstimmig gutgeheißen, daß die Verwaltung der Zahlstelle beim Magistrat der Stadt Schritte unternommen hat, damit derartige Fälle nicht mehr vorkommen. Zum Schluß der Versammlung wurde ein Antrag angenommen, künftig Anwesenheitslisten in unseren Versammlungen aufzulegen, um festzustellen, welche Betriebe nicht vertreten sind.

Freiburg i. Br. Unsere schlecht besuchte Generalversammlung fand am 13. Februar statt. Kollege Reuter gab zunächst einen kurzen Rückblick über das vergangene Jahr, das ganz im Zeichen der Arbeitslosigkeit stand. Der Mitgliederbestand ist den Verhältnissen entsprechend noch befristend. Kollege Damm konnte im abgelautenen Jahr sein 25jähriges Verbandsjubiläum begehen. Die Neuwahl der Ortsverwaltung war bald erledigt, da sich sämtliche Verbandsmitglieder bereit erklärten, weiter zu antizipieren, was als ein sehr schönes Zeichen erspriechlicher Arbeit anzusehen ist. Der Vorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Erster Vorsitzender Reuter, zweiter Vorsitzender Burthardt, Kassierer Schilling, Schriftführer Kaiser, Beisitzer Limberger, Hopf und Mohr, Revisoren Schwörer Boch und Kollegin Käppler, Kartellbelegierter Reuter, Burthardt, Schilling und Kaiser. Kollege Reuter machte auf die „Eisenerne Front“ aufmerksam und richtete am Schluß der Versammlung mahnende Worte an die Anwesenden, dem Verband in dieser schweren Zeit die Treue zu bewahren und den Mut nicht sinken zu lassen. Auch für uns wird die Stunde des Ausstiegs wieder kommen.

Osnaabrück. In unserer Generalversammlung erstattete Kollege Springub den Jahresbericht. Das Jahr 1931 hat uns eine Arbeitslosigkeit gebracht, wie wir sie uns nicht gedacht hätten. Ein Lohnabzug folgte dem anderen, dazu kam die 4. Notverordnung, die den Vogel abschloß. Betriebsstilllegungen fanden am Ort nicht statt, dafür hatte unsere kleine Zahlstelle unter der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sehr zu leiden. Der Vorsitzende streifte auch die Beitragsfrage und meinte, es müsse dem Verbandstag überlassen bleiben, darüber zu entscheiden. Die noch in Arbeit stehenden Kollegen mußten sich auf jeden Fall der Arbeitslosen annehmen und ihnen ihr schweres Los erträglicher zu gestalten suchen. Auch unsere Lokalkasse hat durch Beitragsbeiträge manchem Kollegen geholfen. Für Lokaltätigkeit gab es 108,50 Mk. aus, außerdem für Weihnachtunterstützung an ausgesetzte Kollegen 11,50 Mk. Der Arbeiterwohlfahrt wurden 5 Mk. überwiesen. Mitglieder zählten wir am Ende des Jahres 19 Kollegen und 3 Kolleginnen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Kollege Göttschen würdigte die Arbeit des Vorstandes und forderte die Kollegen auf, treu zum Verband zu stehen. Als Kartellbelegierter wurde Kollege Lautemeyer gewählt. Kollege Springub gab in seinem Schlußwort dem Wunsch Ausdruck, daß die Kollegen die Arbeit des Verbandes anerkennen möchten und jeder an seiner Stelle für den Verband eintreten und neue Mitglieder werben sollte.

München. In unserer am 10. Februar stattgefundenen überfüllten Versammlung der „Apl“-Betriebe fast reiflos erschienen waren, sprach Kollege Niebig über „Lohn und Beitragsfragen“. Er ging zunächst auf die Ursachen ein, die zum Erlaß der Zierten Notverordnung führten, gab ein Bild der augenblicklichen Wirtschaftslage und kam dann auf die fürchterliche Auswirkung dieser Notverordnung auf unseren Beruf zu sprechen. Wäre in der Notverordnung festgelegt worden, daß nicht die Löhne vom Januar, sondern vom Mai 1927 als Richtschnur zu gelten haben, dann wäre für uns das Refutat nicht ganz so grauam gewesen. Der versprochene Preisabbau ist nicht in dem erwarteten Maße eingetreten. Man kann heute sagen, daß die neue Situation eingetreten ist, von der die Regierung den Gewerkschaften gegenüber beim Erlaß der Notverordnung sprach und die Gewerkschaften berechtigt, die Forderung auf Wiederheraussetzung der Löhne zu

stellen. Ueber den Lohnabbau hinaus sind es noch Wirtgersteuer, Krisensteuer, Kurzarbeit usw., die die wirtschaftliche Lage der noch in Arbeit Stehenden immer unerträglicher gestaltet, so daß die Verbitterung der Mitglieder sehr wohl zu verstehen ist. Diese sollte aber nicht dem Verband gegenüber bei der Entrichtung der Beiträge zur Entlastung kommen. Man sollte viel mehr an die Rechte denken, die der einzelne bei Arbeitslosigkeit und Krankheit der Organisation gegenüber geltend machen kann. Die letzten Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ haben zur Genüge aufgezeigt, was der Verband auf dem Gebiete des Unterstützungswesens zu leisten vermochte. Dem bevorstehenden Verbandstag muß es vorbehalten bleiben, darüber zu entscheiden, inwieweit die Beiträge und die Unterstützung dem verminderten Einkommen angepaßt werden sollen. Es ist leicht, in Zeiten wirtschaftlichen Aufstieges Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, seine gewerkschaftliche Ueberzeugungstreue beweist man aber erst dann, wenn man auch in Zeiten der Not seinen Pflichten nachkommt und unerschütterlich zu seiner Berufsorganisation steht.

Erfreulich war, daß in der anschließenden Diskussion nicht nur die Kollegen, sondern auch die Kolleginnen aus sich herausgingen und in beredten Worten schilderten, wie gerade sie als Alleinstehende im Haushalt unter dem Druck der Wirtschaftsnöte zu leiden haben. Die Leistungen des Verbandes fanden reiflose Anerkennung, und man ist auch bereit, den Verbandsbeitrag in der bisherigen Höhe weiterzuleisten. Sollte jedoch wider Erwarten eine weitere Lohnsenkung kommen, dann müßten auch diese herabgesetzt werden. Ebenso hofft man, daß sich bei den Verwaltungskosten des Verbandes weitere Entlassungen ermöglichen lassen. Entsprechende Anträge sollen an den Verbandstag gestellt werden. Ein kurzer Hinweis auf die bevorstehende Sitzung der Bürgersteuer für lohnsteuerfreie Arbeitnehmer beendete die vom besten Geiste getragene Verammlung.

Ueber das gleiche Thema sprach Kollege Liebig auch am 14. Februar in einer Versammlung der Kartonnagenbranche. Der Besuch war hier befriedigend. In der Diskussion kamen ähnliche Gedanken und Anregungen zum Vortrag, wie in der „Api“-Versammlung. Die zusammengekauften Löhne, verschlimmert durch die starke Kurzarbeit, die gerade in der hiesigen Kartonnagenindustrie seit Wochen und Monaten üblich ist, lassen es dem einzelnen schwerfallen, den Verbandsbeitrag regelmäßig in der vorgeschriebenen Höhe zu entrichten. Man hofft, daß der Verbandstag eine Lösung findet, die beide Teile, sowohl die Mitglieder als auch die Verbandskasse, befriedigt. Zum Schluß forderte Kollege Liebig die Mitglieder auf, sich zu der bevorstehenden Kundgebung der „Eisernen Front“ zur Verfügung zu stellen.

Zittau. Unsere Generalversammlung war — wie immer — vollständig besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Siegel in ehrender Weise des verstorbenen Kollegen Großgürge, der bis in sein hohes Alter (81 Jahre) die Segnungen unserer Verbandsunterstützungen in angenehmster Weise empfunden hat. Dies sollte eine Mahnung für unsere jüngere Generation sein, stets treu zum Verband zu halten. — In einem kurzen Rückblick auf das verlossene Geschäftsjahr konnte Kollege Siegel feststellen, daß die Wirtschaftskrise immer schärfere Formen angenommen hat. So sind auch zu unseren ständigen Arbeitslosen weitere Kollegen hinzugekommen, die nicht mit einer Arbeitslosigkeit gerechnet hatten. Der noch arbeitende Stamm der Kollegen muß kurz arbeiten. Dank der wohlüberlegten Kassenführung unseres Kassierers, Kollegen Steppat, hat unsere Lokalkasse noch einen Betrag mit ins neue Jahr übernehmen können. Ein gutes kollegiales Verhältnis ermöglichte stets eine gedehliche Arbeit des Vorstandes. Es hat viel Kleinarbeit gekostet, um alle Differenzen auszugleichen, die in der heutigen Zeit zu oft auftauchen. Ebenso konnte ein sehr gutes Verhältnis mit den Buchdruckern festgelegt werden. Wir nehmen an allen Bildungsveranstaltungen der Buchdrucker teil. Im letzten Jahr konnte die Jahrestelle ihr 25jähriges Bestehen feiern. Hierbei wurde die erste Anwesenheit unseres Gauleiters, Kollegen Lemmer-Berlin, besonders begrüßt. Von geselligen Veranstaltungen wurde allgemein Abstand genommen, wir beteiligten uns nur mit unseren Angehörigen an einem Dampferausflug der Buchdrucker.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes. Zum Schluß berichtete Kollege Siegel über „Ziel und Aufgaben der Eisernen Front“. Als überzeugte Gewerkschafter müssen wir uns aktiv an dieser beteiligen. Es gilt heute das zu verteidigen, was wir in jahrzehntelanger zäher Arbeit aufgebaut haben. Die Ausführungen fanden traktante Unterstützung. Trotz aller politischen Wirrnisse ist der gewerkschaftliche Geist der Zittauer Kollegen ein gesunder geblieben. Er bietet die Gewähr für weiteres gutes Wirken für unseren Verband.

Wiesbaden. Unsere Jahreshauptversammlung war gut besucht. Dem vom Vorsitzenden Gaumann erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, daß die Jahrestelle am Jahreschluß 51 Kollegen und 33 Kolleginnen als Mitglieder hatte. Die schlechte Geschäftslage hat auch im letzten Jahre keine Besserung erfahren, was sich im starken Anschwellen der Ausgaben für Unterstützungen zeigt. Ein Nothjahr liegt hinter uns, dem wir keine Träne nachweinen, aber noch wissen wir nicht, was uns das kommende Jahr bringen wird. Festerer Zusammenhalt denn je muß darum unsere Parole sein, wenn wir die schlimmen Zeiten überwinden wollen. Der Kassenbericht zeigte, daß am Schluß des Jahres eine Mehrausgabe von insgesamt 450 Mk. vorhanden war, eine beträchtliche Summe für unsere Jahrestelle. Allen arbeitslosen Kollegen wurde zu Weihnachten eine Unterstützung in Ostpreußen im Betrag von 3 bis 15 Mk. gegeben, außerdem die von der Jahrestelle bewilligten Unterstützungen im Betrag von 3,50 bis 12,50 Mk. Diese Sätze werden auch für das laufende Halbjahr monatlich zur Auszahlung kommen. Die durchreisenden Kollegen erhalten ein Zehrgeld von 1,50 Mk. Die sich anschließenden Wahlen brachten die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Funktionäre mit Ausnahme des Vorsitzenden, der infolge Invalidität ausgeschieden ist. An seine Stelle wurde Kollege Scheuermann gewählt. Zum Schluß forderte der Kassierer die Kollegen auf, sich restlos an den Rundgebungen der „Eisernen Front“ zu beteiligen. Bis jetzt hat sich der dritte Teil der Mitglieder in die Liste eingetragen.

Würzburg. Unsere Jahreshauptversammlung vom 13. Februar erfreute sich eines unerwartet zahlreichen Besuches, hatten sich doch rund drei Viertel unserer Mitglieder eingefunden. Vorsitzender Kleinhenz ließ in seinem Jahresrückblick nochmals die Ereignisse des abgelaufenen Jahres Revue passieren. Er stellte fest, daß uns das Jahr 1931 in wirtschaftlicher und lohnpolitischer Hinsicht nichts Erfreuliches gebracht hat. Trotz der Notzeit war aus dem Bericht zu erkennen, daß am Ort auf tatkräftige, beruflichem und kollegialem Gebiet sehr Erprießliches geleistet wurde. Der vom Kollegen Maß vorgetragene Kassenbericht zeugte von einer mustergültigen Kassenführung. Anschließend referierte Gauleiter Weinklader-Nürnberg über „Lohnsenkung, Beiträge und Unterstützungen“. Er zeigte schonungslos die Fehlerquellen des kapitalistischen Systems auf, dessen Ergebnis sechs Millionen Arbeitslose seien. Diesen Niedergang benutzten die Unternehmer zum Generalangriff auf unsere Tarifverträge. Im Verlauf seiner Ausführungen nahm Kollege Weinklader auf Stellung zur Beitrags- und Unterstützungsfrage. Er vertrat die Anschauung, daß eine Beitragsentlastung nicht im Interesse unserer Mitglieder gelegen sein kann. Auf die enormen Unterstützungsleistungen unseres Verbandes eingehend, gelang es ihm meisterhaft, die Versammlung von seiner Meinung zu überzeugen. In seinem Schlusswort richtete er einen dringenden Appell an die Anwesenden, in den heutigen traurigen Zeitverhältnissen die geschlossene Front innerhalb des Verbandes aufrechtzuerhalten und der Organisation die Treue zu bewahren, um bei gegebener Zeit das uns Geraubte wieder zurückholen zu können. — Der ungewöhnlich starke Beifall, der dem Referat gezollt wurde, mag unserem Kollegen Weinklader beweisen haben, wie aufmerksam die Versammlung seinen Ausführungen gefolgt war. Die Diskussionsredner brachten den

besten Beweis, daß das Referat guten Boden gefunden hatte, indem sie mit treffenden Worten die Ausführungen unterstrichen.

Der nächste Tagesordnungspunkt galt der Neuwahl der Ortsverwaltung. Hierzu sollte Kollege Maß dem Vorsitzenden Kleinhenz und dem Schriftführer Großseifinger im Namen der Ortsverwaltung Anerkennung und Dank für ihre zehnjährige Amtstätigkeit. Dem Dank schloß sich die Versammlung und Kollege Weinklader im Auftrage der Gauverwaltung an. Er hob bei dieser Gelegenheit das gute Einvernehmen zwischen Gauverwaltung und der Jahrestelle Würzburg hervor. Das Vertrauen, das die Mitglieder der Ortsverwaltung entgegenbrachten, zeigte sich in der einstimmigen Wiederwahl. Die Verwaltung setzt sich zusammen aus den Kollegen: Kleinhenz erster Vorsitzender, Falkenhauer zweiter Vorsitzender, Maß Kassierer, Großseifinger Schriftführer, Hainich, Lamm, Röth und Wäch Besizer. Einige interne Angelegenheiten führten dann zum Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Zittau. Am 19. Februar hielt unsere Jahrestelle bei sehr reger Beteiligung ihre diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Nachdem Kollege Ullrich den Bericht über das verlossene Geschäftsjahr gegeben hatte, erstattete Kollege Sproh einen ausführlichen Kassenbericht, aus dem zu ersehen war, daß 50 Proz. aller verabsorgten Marken Fremdmarken waren. Die Tätigkeit in unserer Jahrestelle war verhältnismäßig ruhig, doch dürfen für das neue Geschäftsjahr allerlei unleschame Ercheinungen zu erwarten sein. Rege wurde über die Invalidenbeiträge diskutiert und der Wunsch ausgesprochen, diese gebodert von den Verbandsbeiträgen entrichten zu können, so daß auch arbeitslose Mitglieder in der Lage sind, weiterzusteuern. Die Neuwahl zeitigte als ersten Vorsitzenden Kollegen Ullrich, als zweiten Kollegen Donath, Kollegen Menzel als Kassierer (ab 1. April), Kollegen Wietek und Kollegin Neumann als Schriftführer, die Kollegen Sproh und Fiedler als Revisoren. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Sproh wiedergewählt.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. **Einstellung der Lokalunterstützung in Grimma.** In der Jahrestelle Grimma kann wegen fast vollständiger Arbeitslosigkeit der dortigen Mitglieder die übliche Lokalunterstützung für Durchreisende bis auf weiteres nicht mehr ausgezahlt werden. Wir bitten die reisenden Mitglieder, hieroon Kenntnis zu nehmen.

2. **Ausgeschlossen aus dem Verbandsverbande** wurde in Nürnberg-Fürth auf Grund des § 16 Ziffer 2b des Statuts der Buchbinder Karl Weidmann, Buchnummer 379 359, geb. 31. Juli 1903 in Engisheim.

Adressenänderungen:

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.
Gautan: B: E. Schulz, Partstr. 2, II.
 K: Rudolf Nolan, Nieder-Als-Gautan, 12, I.
Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Im Monat Februar sind uns nachstehende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:

- Berlin:** Rudolf Staeditz, Buchbinder, 51 Jahre, Lungentzündung.
- Julius Wietke, Buchbinder, 64 Jahre, Herzschlag.
- Karl Gese, Buchbinder-Invalide, 65 Jahre, Asthma.
- Gustav Schramm, Kartonzuschneider, 56 Jahre, Lungenerleiden.
- Dresden:** Bruno Findeisen, Buchbinder, 66 Jahre (Todesursache?).
- Eisenberg:** Martha Schwarze, Glasarbeiterin, 51 Jahre, Lungenerleiden.
- Gau Hefsen und Maß:** Heinrich Schmeltzer, Buchbinder-Invalide, 71 Jahre, Herzschwäche.
- Grimma:** Martha Donner, Papierwarenarbeiterin, 26 Jahre, Gehirngrippe.
- Halle a. d. S.:** Luise Muchau, Buchbinderarbeiterin, 21 Jahre, Freitod.
- Hlmenau:** Alfred Apel, Buchbinder, 50 Jahre, Lungenerleiden.
- Kassel:** Karl Pilger, Buchbinder, 54 Jahre, Darmabnähmung.
- Leipzig:** Fredrik Jörgensen, Buchbinder-Invalide, 78 Jahre, Lungentzündung.
- Karl Müller, Buchbinder-Invalide, 71 Jahre, Arteriosklerose.
- Albert Winter, Buchbinder, 68 Jahre, Lungentzündung.
- Nürnberg-Fürth:** Michael Priesmann, Kartonnagenzuschneider, 56 Jahre, Herzschlag.
- Johann Bößel, Kartonnagenzuschneider, 61 Jahre, Lungenerleiden.

Allen ein ehrendes Andenken!